

Ausgabe Juli 2026

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 03.07.2026

Streit um Krankschreibung ab Tag eins

Ärzte im Norden kritisieren Pläne der Bundesregierung / Lob kommt von den Unternehmen

Henning Baethge

KIEL/BERLIN Die schwarz-rote Bundesregierung plant eine deutliche Verschärfung der Regeln für Krankschreibungen – und stößt damit bei Ärzten und Gewerkschaften in Schleswig-Holstein auf massiven Protest. Laut den am Donnerstag vorgelegten Plänen der Koalition sollen erkrankte Beschäftigte ihrem Arbeitgeber künftig schon ab dem ersten statt ab dem vierten Krankheitstag eine Krankschreibung vorlegen müssen. Zudem wird die während der Corona-Pandemie eingeführte Möglichkeit zur telefonischen Krankschreibung abgeschafft. Bundeskanzler Friedrich Merz begründet das mit „exorbitanten Krankenständen in den Unternehmen“.

In Schleswig-Holstein üben die Hausärzte scharfe Kritik an den Plänen. „Die geplanten Neuregelungen sind sowohl für die Praxen als auch für die

Patienten eine absolute Katastrophe“, wettet Hausärzteverbandschef Jens Lassen. Er fürchtet, dass es „einen sprunghaften Anstieg der Patientenkontakte in den Hausarztpraxen“ geben werde. „Uns bleibt dadurch immer

weniger Zeit für die Versorgung der Menschen.“

Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein ist nicht weniger entsetzt. „Das ist Irrsinn“, sagt deren Vorsitzende Bettina Schultz. Die Pläne würden die Arztpraxen

„massiv belasten“. Wenn Beschäftigte künftig schon am ersten Krankheitstag in die Praxis kommen müssten, würde das „zu Millionen zusätzlicher Praxisbesuche pro Jahr führen – vielfach ohne medizinische Notwendigkeit“.

Auch die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung sei „medizinisch nicht nachvollziehbar“, rügt Schultz: „Es wäre ein Rückschritt, wieder mehr erkrankte Menschen in volle Wartezimmer zu schicken.“

Die Gewerkschaften sehen in den Koalitionsplänen ein Geschenk an die Unternehmen: „Damit wurde den Arbeitgebern eine unsoziale Wunschliste erfüllt, die mehr Menschen in die Unsicherheit entlässt und die Hausarztpraxen überfordern wird“, kritisiert die Chefin des DGB Nord, Laura Pooth.

Dagegen loben die Unternehmensverbände Nord die Neuregelungen. „Das sind Schritte in die richtige Richtung“, sagt Verbandschef Michael Thomas Fröhlich. Ohnehin würden viele Betriebe schon jetzt eine Krankschreibung ab dem ersten Tag verlangen. Rechtlich ist das möglich. **Politik**

MEINUNG

Der falsche Weg

Ja, der Krankenstand in deutschen Unternehmen ist hoch und noch immer fast auf Corona-Niveau. Aber nein, Krankschreibungen ab dem ersten Tag zu verlangen und telefonische abzuschaften, wie es die Bundesregierung plant, ist der falsche Weg.

Denn wenn man künftig mit jeder Erkältung oder Migräne gleich zum Hausarzt gehen muss, um sich krankschreiben

**HENNING
BAETHGE**

bg@shz.de



te und die medizinische Versorgung wäre die Einführung eines „Karenztags“. Das hieße, dass Beschäftigte für den ersten Tag ihrer Erkrankung keinen Lohn mehr erhalten. Das wäre nicht schön, gab es aber schon mal. Und wurde von den Gewerkschaften bald wieder wegverhandelt – bei gleichzeitiger Mäßigung ihrer Lohnforderungen. Entlastet wurden die Unternehmen so auch.

zu lassen, belastet das die ohnehin vollen Praxen unnötig – und führt dazu, dass Patienten, die wirklich einen Arzt brauchen, schwerer Termine finden. Wirkungsvoller und weniger belastend für die Ärz-

Abiturientenlücke: Wirtschaft in Not

Das Ende des achtjährigen Gymnasiums in Schleswig-Holstein halbiert die Zahl der Absolventen

Carlo Jolly

KIEL. Der fehlende Abiturjahrgang an Schleswig-Holsteins Gymnasien bringt die Wirtschaft in die Bredouille. Die Unternehmensverbände UV Nord berichten, dass sich dies bei den Betrieben deutlich niederschlägt. „Viele berichten von zum Teil deutlich weniger Bewerbern für die duale Ausbildung und für duale Studienplätze“, sagt UV-Nord-Sprecher Sebastian Schulze: „Die ohnehin angespannte Fachkräftesituation wurde dadurch noch einmal verschärft.“

Landesweit ist das Abi dieses Jahr an 28 der rund 100 Gymnasien abgelegt worden – und an den 44 Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. Das Abitur ist zudem an beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen möglich. In der Summe rechnet das Kieler Bildungsministerium mit 5000 bis 5200 Abiturienten – 5400 weniger als im Vorjahr.

Die Industrie- und Handelskammer rechnet sogar mit einem Rückgang um etwa 60 Prozent: „Davon ist auch der schleswig-holsteinische Ausbildungsmarkt erheblich betroffen“, sagt deren Sprecher

Karsten von Borstel. Landesweit verfügten rund 30 Prozent der Azubis über Abi oder Fachabi: „Durch den doppelten Abiturjahrgang und die darauf folgende Umstellung bricht diese Gruppe im Jahr 2026 vo-

rübergehend massiv ein.“ Ohne Gegenmaßnahmen führe dies zu einem spürbaren Minus bei den neuen Lehrverträgen.

Da die Abiturientenquote traditionell in Finanz-, IT-, Medien- und anspruchsvollen In-

dustrieberufen hoch ist, dürften die Auswirkungen hier besonders spürbar sein. Flexiblere Einstiegszeitpunkte für die Lehre sowie die Ansprache von Studienzweiflern, Interessierten mit mittlerem Abschluss sowie in Deutschland lebenden internationalen Bewerbern sollen nun helfen.

„Bei der strukturellen Umstellung von G8 auf G9 handelt es sich um einen einmaligen Übergangseffekt“, erklärt Ministeriumssprecherin Dörte de Graaf: „Unsere Aufgabe besteht darin, den Übergang planvoll zu gestalten – und das tun wir.“

Indes trifft der fehlende Abijahrgang nicht nur die Wirtschaft. Das Bildungsministerium rechnet auch an den zehn Hochschulen im Land mit einem Rückgang der Erstsemester zwischen 15 und 20 Prozent 2026 und 2027. Auch viele Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr bleiben unbesetzt.

MEINUNG

Betriebe müssen mehr riskieren

Endlich mal ein Problem ohne aktuell politisch Schuldigen: Es ist fast 20 Jahre her, dass der Kieler Landtag als letztes der alten Bundesländer die Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre beschloss. Es regierte Schwarz-Rot, und auch die FDP mit ihrem späteren Bildungsminister wollte das Turbo-Abi.

2016 verließen die ersten Turbo-Abiturienten die Gymnasien. So brachte ein Dop-

CARLO JOLLY

jol@shz.de



peljahrgang vor 10 Jahren die Schulabgänger in Not: Der Kampf um Ausbildungs- und Studienplätze wurde härter. Und 2026? Sind die Abiturienten die Profiteure, weil der Wettbewerb sich gedreht hat: Die Betriebe werben um

die wenigen Abiturienten. Die Unternehmen, für die dieser Einmaleffekt parallel zum Fachkräfteproblem zur Unzeit kommt, müssen nun kreativ werden. Ob mit formal geringerer Qualifikation, sprachlichem Rückstand bei Migrationsgeschichte oder anderen Hürden: Wollen sie ihre Plätze nicht vakant lassen, werden die Unternehmer und Personalchefs bei den jungen Bewerbern mehr riskieren müssen.

Kieler Nachrichten 03.07.2026

Krankschreibung ab dem ersten Tag: Heftiger Protest gegen geplante Reform

Attest soll Arbeitgebern künftig direkt vorgelegt werden – Ärzte im Norden warnen vor Überlastung

VON JONAS BICKEL
UND RIEKE BECKWERMERT

KIEL/BERLIN. Härtere Regeln für Beschäftigte, Steuerentlastungen, Aufweichung des Kündigungsschutzes: Die Bundesregierung hat am Donnerstag ein umfangreiches Reformpaket angekündigt. Für große Empörung sorgen dabei die geplanten neuen Vorgaben für die Krankschreibung.

Arbeitnehmer müssen sich demnach bereits ab dem ersten Krankheitstag ein Attest beim Hausarzt holen – bisher ist das erst ab dem vierten Tag vorgeschrieben. Ausnahmen sind durch betriebliche Vereinbarungen wie Tarifverträge möglich. Die Bundesregierung will außerdem die telefonische Krankschreibung abschaffen. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) begründete die Entscheidung mit dem aus seiner Sicht zu hohen Krankenstand in Deutschland.



Die Bundesregierung plant schärfere Regeln für Krankschreibungen. FOTO: SINA SCHULTZ/DPA

„Die geplanten Neueregulungen werden zu einem sprunghaften Anstieg der Patientenkontakte in den Hausarztpraxen führen“, sagte Jens Lassen, Vorsitzender des Hausärzteverbands Schleswig-Holstein. „Hausärztinnen und Hausärzten wird dadurch immer weniger Zeit für die Versorgung der Menschen bleiben, die schwer erkrankt sind und in die Praxis kommen müssen.“

Bettina Schultz, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH), sprach von „Irrsinn“. „Die Pläne der Bundesregierung werden die Arztpraxen massiv belasten.“ Sie befürchtet „Millionen zusätzlicher Praxisbesuche pro Jahr“.

Die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung sei zudem „medizinisch nicht nachvollziehbar“. Sie sei eingeführt worden, damit Menschen mit ansteckenden Atemwegserkrankungen nicht unnötig in die Praxis kommen und andere anstecken. „Es wäre ein Rückschritt, wieder mehr erkrankte Menschen in volle Wartezimmer zu schicken.“ Die telefonische Krankschreibung mache bundesweit ohnehin nur rund ein Prozent der Gesamtzahl an Krankheitsbescheinigungen aus, hieß es von der KVSH. Sie habe also nicht zu einem Missbrauch geführt.

Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbands Nord, lobte die neuen Regeln bei der Krankschreibung. Diese seien „Schritte in die richtige Richtung und geben in Teilen auch bereits die betriebliche Wirklichkeit wieder.“ Fröhlich sprach sich außerdem dafür aus, spätestens in einem Jahr zu prüfen, ob darüber hinaus die Einführung eines Karenztages notwendig sei. Damit könne man womöglich „die Ent-

geltfortzahlung für Arbeitgeber zu einer belastbaren Form“ zurückführen.

Die Bundesregierung kündigte auch eine ganze Reihe weiterer Reformen an. Bei der Einkommensteuer sollen künftig vor allem kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, eine sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen wird länger möglich, etliche Berichtspflichten für Unternehmen fallen künftig weg.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nannte das Reformpaket ein „starkes Signal“. Dieses habe das Potenzial, „neues Vertrauen zu schaffen und die Stimmung im Land zu verbessern“. Auch der SPD-Landesvorsitzende Ulf Kämpfer lobte das Paket, sprach aber auch von „schmerzhaften Kompromissen“. Grüne, FDP und SSW übten dagegen deutliche Kritik.



Die Pläne der Regierung werden die Arztpraxen massiv belasten.

Bettina Schultz,
Vorstandsvorsitzende KVSH

» SEITE 2, 4 & 11

Scharfe Kritik an Pflegereform: „Es wird nur Verlierer geben“

Landespastor, Sozialverbände und Arbeitgeber in Schleswig-Holstein warnen vor gravierenden Einschnitten

VON RIEKE BECKWERMERT

KIEL. Im Norden wird Protest gegen die geplante Pflegereform von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) laut. Diakonie und Verbände in Schleswig-Holstein warnen vor drastischen Einschnitten insbesondere für Pflegebedürftige und deren Angehörige durch das Sparpaket. Das Forum Pflegegesellschaft Schleswig-Holstein und die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord) fordern die Politik zum Umsteuern auf: „Das Gesetz wird die Not deutlich verschärfen.“

Das Bundesgesundheitsministerium hat Anfang Juni einen Entwurf des Pflege-neuordnungsgesetzes (PNOG) vorgelegt. Es soll die milliardenschweren Lücken in der Finanzierung der Pflegeversi-



Heiko Naß, Landespastor und Vorstand des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein, kritisiert das geplante Sparpaket.

FOTO: SVEN JANSSEN

cherung füllen. Unter anderem müssen sich Heimbewohner, Gutverdiener und Kinderlose auf finanzielle Mehrbelastungen einstellen.

Auch Diakonievorstand Heiko Naß kritisiert scharf das „harte Sparprogramm ohne Weitsicht“. „Wir wissen, dass die Pflegekassen unter Druck

stehen“, sagt der Landespastor. „Doch diese geplante Pflegereform ist ein unausgeglichener Systemwandel, der dringend überarbeitet werden muss – wir warnen dringend davor.“

Naß erwartet eine Abwärts-spirale: „Es wird nur Verlierer geben, denn der Pflegebedarf ist ja trotzdem da.“ Die bisherigen Leistungen der Verhinderungspflege und der Kurzzeitpflege werden demnach in einem Überbrückungsbudget zusammengefasst. Naß rechnet vor: „Das bedeutet faktisch Kürzungen in den Pflegegraden 2 und 3 von rund 47 Prozent sowie in den Pflegegraden 4 und 5 von rund 35 Prozent.“

Pflegebedürftige könnten demnach dadurch weniger Leistungen in Anspruch nehmen oder müssten selbst dafür zahlen. Auch die Schwellen für die Einstufung in Pflegegrade würden höher. Naß fürchtet

eine Überlastung der Pflegepersonen und der Angehörigen. Durch mehr Sozialhilfeträger werde darüber hinaus der Druck auf die Kommunen wachsen.

Auch auf die Pflegedienste wirkt sich das Vorhaben nach Ansicht von Naß aus. „Für bestimmte Leistungen können sie nicht mehr in Anspruch genommen werden.“ Der Landespastor sieht verlässlich gebaute Strukturen im Land und die Entlastung der pflegenden Angehörigen in Gefahr. „Insgesamt wird die Versorgung ausgehöhlt, insbesondere in der Fläche.“

Benjamin Seidel, Geschäfts-bereichsleitung Senioren und Pflege bei der Diakonie Altholstein unter anderem in Kiel, teilt die Sorgen: „Am Ende müssen die Träger abwägen, ob sie mit den neuen Budgets die Versorgung überhaupt noch sicherstellen können.“

Das werde insbesondere in Einrichtungen eine Rolle spielen, die ambulante Dienste auf dem Land anbieten und weite Wege mit wenig Personal zurücklegen müssen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich laut dem Verband der Ersatzkassen im Norden die Zahl der Personen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, mehr als verdoppelt. Gleichzeitig ist die finanzielle Belastung Pflegebedürftiger stark gestiegen.

Rund 176.000 pflegebedürftige Menschen leben demnach mit einem anerkannten Pflegegrad im Land. Die Mehrheit wird zu Hause von Angehörigen versorgt. Fast 34.000 Personen hatten Ende 2023 einen Platz in einem Pflegeheim. Mehr als 37.000 wurden von ambulanten Pflegediensten betreut.

» SCHLESWIG-HOLSTEIN | 9

Wie geht es weiter mit der Pflege?

Sozialverbände und Arbeitgeber kritisieren die Reformpläne als reines Sparprogramm – Das wären die Folgen

VON RIEKE BECKWERMERT

KIEL. Der Bund will durch ein Maßnahmenbündel das System der Pflege in Deutschland umstrukturieren und dadurch bereits ab 2027 elf Milliarden Euro einsparen.

Eine Reform mit Ausgabenbremsen und zusätzlichen Einnahmen soll die milliardenschwere Lücke in der Pflegeversicherung schließen und für finanzielle Stabilisierung sorgen, ohne den Beitragssatz weiter zu erhöhen. So sieht es das Vorhaben von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) vor.

Was kommt durch die geplante Pflegereform auf Schleswig-Holstein zu? Welche Auswirkungen könnte sie auf Pflegebedürftige, Angehörige, Pflegedienste, Kommunen und die Wirtschaft insgesamt haben? Fragen und Antworten gibt es hier im Überblick.

Welche Pläne hat Nina Warken?

Warkens Ministerium hat Anfang Juni einen Entwurf für die Pflegereform vorgelegt, um sie noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen. Wann der Gesetzentwurf vom Kabinett beschlossen werden soll, gilt

zurzeit allerdings als unklar.

Zunächst hatte der Kabinettsbeschluss für das Pflege-neuordnungsgesetz (PNOG) für diese Woche auf der Tagesordnung gestanden, wurde dann jedoch herausgestrichen.

Was beinhaltet die Pflegereform?

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem

- höhere Hürden für die Einstufung in einen Pflegegrad vor,
- eine langsamere Steigerung der Zuschüsse für Pflegeheimkosten als bisher.

Auch der Entlastungsbeitrag ist betroffen.

- Besserverdienende und Kinderlose sollen stärker zur Kasse gebeten werden.

- Die Pflicht, Beschäftigte in der Altenpflege nach Tarif zu bezahlen, soll bis Ende 2030 ausgesetzt werden.

- Künftig sollen auch Pflegeversicherungsbeiträge bei Mini-Jobs erhoben werden.

- In Pflegefällen soll das neue Überbrückungsbudget finanzielle Absicherung bieten.

Was passiert mit dem Entlastungsbetrag?

„Der Entlastungsbetrag von 131 Euro, der heute in allen Pflegegraden gewährt wird,

soll für den ersten Pflegegrad ganz wegfallen“, erklärt Benjamin Seidel, Geschäfts-bereichsleitung Senior*innen und Pflege bei der Diakonie Altholstein. Von dem Betrag werden bislang haushaltsnahe Dienstleistungen finanziert, die für Pflegepersonen „extrem wichtig“ seien.

Damit sind etwa Angebote wie Einkaufen, Kochen und Aufräumen oder Begleitung bei Arztfahrten gemeint. „Diese tragen dazu bei, dass Menschen so lange wie möglich im eigenen Zuhause bleiben können.“

In den höheren Pflegegraden geht der Entlastungsbetrag im neuen Sozialraumbudget auf – 175 Euro im Monat. Anne Hansen, Referentin für ambulante Pflege im Diakonischen Werk Schleswig-Holstein, sieht dabei ein Problem: Dieses neue Budget sei einseitig an ehrenamtliche oder nachbarschaftliche Strukturen gebunden, die es flächendeckend so gar nicht gebe.

Der tatsächliche Bedarf könne damit womöglich nicht gedeckt werden. „Professionelle Pflegedienste hingegen dürfen diese Leistungen zukünftig nicht mehr darüber erbringen.“

Wie könnte sich der Wegfall des Entlastungsbetrags auswirken?

- **Fall 1:** „Eine alte Dame mit niedrigem Pflegegrad wird dann nicht mehr vom ambulanten Pflegedienst besucht“, sagt Seidel. Wenn sich ihr Allgemeinzustand verschlechtere, gebe es künftig keine direkte Rückmeldung mehr zur Pflegedienstleitung, die Maßnahmen einleiten könnte.

- **Fall 2:** Eine pflegebedürftige Person in einem Haushalt lebt mit Demenz, erhält morgens und abends ambulante Pflege, ist tagsüber in einer Tagespflege. „Bisher konnte der Entlastungsbetrag dafür flexibel eingesetzt werden“, erklärt Hansen. Nach dem neuen Entwurf dürfe das Geld aus dem Sozialraumbudget nicht mehr zur teilweisen Finanzierung der Tagespflege genutzt werden. „Damit wird vielen Familien die finanzielle Grundlage für den Besuch der Tagespflege entzogen – der Druck auf die pflegenden Angehörigen wächst.“

- **Fall 3:** Nach einem Sturz und Krankenhausaufenthalt reicht das Geld für eine Kurzzeitpflege maximal für bis zu zwölf Tage. Was dann? „In Zukunft werden die Bedingungen verschärft“, heißt es von der Dia-

konie. Die Person müsse alle Aufgaben im Haushalt anderweitig verrichten lassen.

Was fordern Sozialverbände und Unternehmer?

Das Forum Pflegegesellschaft Schleswig-Holstein, ein Zusammenschluss von Trägerverbänden aus der Pflege, sowie die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV Nord) fordern die Bundesregierung auf, die geplanten Maßnahmen zurückzunehmen „und stattdessen in eine nachhaltige, solidarische und bedarfsgerechte Pflegepolitik zu investieren“. Sie warnen etwa vor höheren Lohnzusatzkosten, Erwerbsausfällen und dem Verlust von Fachkräften.

Landespastor Heiko Naß verweist auf Vorschläge vieler Sozialverbände über andere, auch steuerliche Finanzierungsmöglichkeiten. „Wir sehen zudem auch das Land in der Pflicht, die Investitionskosten in den stationären Einrichtungen zu stärken und dadurch die Eigenanteile zu entlasten.“

Auch die Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) hat Kritik am Gesetzentwurf geübt. Sie befürchtet, dass die finanzielle Belastung für Länder, Kommunen und Betroffene steigt.

Rente: Streit um Mini-Jobs

Kommissionsvorschläge lösen im Norden unterschiedliche Reaktionen aus

Carlo Jolly

KIEL Für Truels Reichardt und Daniel Kölbl, beide 32, ist die eigene Rente noch weit weg. Politisch haben sich der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Husum und der CDU-Parlamentarier aus Elmshorn zu den am Dienstag vorgestellten Vorschlägen der Rentenkommission positioniert.

Reichardt lobt, dass die divers besetzte Kommission in großer Einigkeit Vorschläge macht, hat aber noch einige Fragen: „Das gilt zum Beispiel für eine Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und nicht an die Beitragsjahre.“

Der Nordfrieser hofft auf eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einbezogen sind: „Es sollten aber neben Abgeordneten und Selbstständigen auch zeitnah Beamte einbezogen werden. Hier habe ich mir noch mehr erhofft.“

Von besonderer Bedeutung empfinde er den Schutz der Rentenhöhe von Bürgern, die ihr Leben lang für wenig Lohn gearbeitet oder Sorgearbeit in der Familie geleistet haben. „Eine klare Haltelinie für kleine Renten und ein Abschmelzen des Gegenwertes von Rentenpunkten bei besonders hohen Renten nach Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze fände ich solidarisch“, findet Reichardt.

Wer von der „Rente mit 63“ profitiert

Bürger, die in körperlich fordernden Berufen nicht bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten können, müssten geschützt werden. Von der „Rente mit 63“ hätten viele Erwerbstätige in nicht körperlich belastenden Berufen profitiert. Darum



Lob die Einigkeit, aber hat Fragen: Truels Reichardt (SPD).

Foto: Niklas Treppner

sei es hinnehmbar, sie jetzt wieder abzuschaffen. „Ein leichter Zugang von Handwerkern, Pflegekräften, Paketboten und anderen zur Erwerbsminderungsrente muss dann aber ohne Nachteile zuverlässig und unkompliziert funktionieren.“

Daniel Kölbl aus dem Kreis Pinneberg gehörte zu den jungen Kritikern des im vergangenen Herbst gescheiterten Rentenpakets. Das neue Konzept belaste nun niemanden unverhältnismäßig, sagt er. „Als Politiker bereitet es keine Freude, die Regelaltersgrenze in Abhängigkeit von der Lebenserwartung nach oben anzupassen und von einem abschlagsfreien Renteneintritt für besonders langjährig Versicherte abzuweichen.“

Doch seien solche harten Entscheidungen erforderlich, um das Rentensystem zu stabilisieren. „Mit den Vorschlägen der Rentenkommission schaffen wir endlich den Einstieg in eine renditestarke, kapitalgedeckte Rente“, erklärt der Elmshorner.

Mit der Erhöhung des Nachhaltigkeitsfaktors würden die Kosten des demografischen Wandels zudem endlich generationengerecht aufgeteilt. Wichtig ist



Hofft auf renditestarke Rente: Daniel Kölbl (CDU).

Foto: Imago/dts Nachrichtenagentur

für Kölbl auch, dass die Auswirkungen der Rentenreform auch auf Beamte und Abgeordnete übertragen werden sollen. „Mit der Rentenreform packen wir nun das an, was die verantwortlichen Politiker vor 20 Jahren hätten anpacken müssen“, resümiert Kölbl.

Wie die Arbeitgeber auf die Vorschläge blicken

Bei den Unternehmensverbänden UV-Nord begrüßt Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich die neuen Rentenpläne. Die Vorschläge zielten „in die richtige Richtung mit der Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und die längst überfällige Abschaffung der Anreize zur Frühverrentung. Wir müssen uns ehrlich machen und alle mehr und länger arbeiten“, sagt Fröhlich.

Eine verpflichtende kapitalgedeckte Zusatzrente sieht der Verband kritisch. Denn der dafür vorgesehene Zusatzbeitrag würde Arbeitnehmer und Arbeitgeber stark belasten.

Ganz klar wendet sich Fröhlich gegen die geplante Abschaffung von Minijobs: „Sie wäre ein Fehler! Ansonsten könnten zum Bei-

spiel Handel und Gastronomie in vielen Fällen gleich dichtmachen.“ Dieses Instrument sei nötig zur Abarbeitung von Arbeitsspitzen. Minijobs verdrängten keine Vollzeitstellen.

Was die Gewerkschaften kritisieren

Für DGB-Nord-Chefin Laura Pooth ist dagegen positiv, dass die Rentenkommission die Alterssicherung bei mindestens 70 Prozent ansetzt. Richtig findet sie auch, Minijobs in sozialversicherungsspflichtige Arbeit umzuwandeln und mehr Berufsgruppen in die Rentenkasse einzahlen zu lassen.

„Die Rente nach 45 Beitragsjahren abzuschaffen, das Rentenalter zu erhöhen und den Renteneintritt an die Lebenserwartung zu koppeln, ist dagegen ein schwerer Fehler und geht vor allem zulasten derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen müssen“, sagt die Gewerkschafterin. Der DGB wolle sich mit einer eigenen Rentenkommission mit Vorschlägen an der Debatte beteiligen.

Tim Holborn vom Sozialverband SoVD warnt davor, das Rentenalter weiter zu erhöhen: „Schon heute schaffen es viele Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen gar nicht, bis zur Regelaltersgrenze durchzuhalten.“ Die gesetzliche Rente als stabile Hauptsäule dürfe nicht durch Kapitalmarktlogik verdrängt werden.

Daher fordert der SoVD den Ausbau zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen. So könnten 20 bis 30 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen werden. Auch begrüßt der SoVD, die Minijobs zu streichen.

Abkommen zwischen USA und Iran: Schleswig-Holsteins Wirtschaft atmet auf

Erleichterung bei Unternehmen im Norden – Marineschiffe aus Kiel passieren Suezkanal – Pistorius: „Wir sind ready“

VON DENNIS BETZHOLO
UND CARSTEN HOFFMANN

KIEL. Das Abkommen zur Beendigung des Konflikts zwischen den USA und dem Iran sorgt bei Schleswig-Holsteins Wirtschaft für große Erleichterung. „Nicht nur psychologisch, sondern auch tatsächlich ist der Friedensschluss von großer Bedeutung für die Lieferketten unserer Unternehmen“, sagt Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbands Nord (UV Nord), der über seine Mitgliedsverbände 100.000 Unternehmen in Schleswig-Holstein und Hamburg vertritt.

Die Durchlässigkeit von Waren in der Straße von Hormus werde sich auch positiv auf die Energiepreise, insbesondere bei Benzin und Diesel, auswirken, „dem Treibstoff der Wirtschaft“, so Fröhlich. Schon jetzt ließen sich „erste



Die Marine ist laut Verteidigungsminister Boris Pistorius bereit für den Einsatz in der Straße von Hormus.

FOTO: MALIN WUNDERLICH/DPA

positive Entwicklungen an den Tankstellen ablesen und bei der Preisentwicklung beim Barrel Rohöl“. In Fröhlichs Zuvorsicht mischt sich allerdings noch etwas Vorsicht: „Ob wirklich Entwarnung gegeben werden kann, wird sich in den nächsten Tagen und Wochen zeigen, wenn es darum

geht, die Vereinbarungen umzusetzen.“

Konkret heißt es in dem bereits am Donnerstag in Kraft getretenen Abkommen, dass der Iran die Straße von Hormus „unverzüglich wieder öffnen“ und die USA die Seeblockade iranischer Häfen umgehend aufheben würden. Der Iran hatte den Verkehr in der für den globalen Handel mit Öl, Gas und Dünger wichtigen Straße von Hormus kurz nach Kriegsbeginn durch Drohungen und Angriffe auf Schiffe weitgehend zum Erliegen gebracht. Später verhängten die USA eine Seeblockade iranischer Häfen, um Teheran von Öleinnahmen abzuschneiden. Die weltweiten Energiepreise schossen mit Kriegsbeginn nach oben.

In dem insgesamt 14 Punkte umfassenden Abkommen einigten sich beide Seiten auch auf ein „sofortiges und dauer-

haftes Ende des Kriegs an allen Fronten, auch im Libanon“, wie ein hochrangiger US-Regierungsbeamter mitteilte.

Für das Minenjagdboot „Fulda“ und den Tender „Mosel“ aus Kiel hatte das Abkommen ebenfalls unmittelbare Folgen: Die für einen möglichen Minenräumeinsatz in der Straße von Hormus vorgesehenen Schiffe der Deutschen Marine haben am Donnerstag den Suezkanal passiert und sollen sich nun vor Dschibuti für eine internationale Mission bereithalten.

„Wir wollen, wenn es gefordert ist und Realität wird, schnell handlungsfähig und vor allen Dingen schnell dann in der Straße von Hormus sein“, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) dazu in Brüssel, wo er seine Amtskollegen aus den Nato-Staaten traf. Die Bundesregierung will zeigen, dass sie in einer internatio-

nen Koalition einen Beitrag zum Schutz der Schifffahrt in der Straße von Hormus leisten will. „Wir sind jedenfalls ready. Wenn es soweit ist, sind wir bereit“, sagte Pistorius dazu.

Die beiden Schiffe wurden für einen möglichen Einsatz mit autonomen Systemen ausgestattet. Auch Minentaucher und Schutzkräfte für die Schiffe („Vessel Protection Teams“) sind dabei. Insgesamt befinden sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums rund 140 Männer und Frauen an Bord.

Voraussetzung für einen Einsatz ist aber ein Mandat des Deutschen Bundestags. Das gibt es bisher nicht, soll aber noch vor der Sommerpause des Parlaments am 11. Juli erfolgen. Für die Fahrt näher an das mögliche Einsatzgebiet sei noch kein Mandat des Bundestages nötig, sagte Pistorius.

» SCHLESWIG-HOLSTEIN | 11

Günther hält an Klimaneutralität 2040 fest

Industriepolitische Agenda mit Wirtschaft und Gewerkschaften – Absage an Forderung von Kubickis FDP

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Der Fingerzeig nach Berlin war unübersehbar: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und seine schwarz-grüne Landesregierung haben den Schulterschluss mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften vollzogen. Am Montag unterzeichnete man in Kiel eine industriepolitische Agenda mit dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Norden zu stärken.

Hintergrund sind magere Kennzahlen. Die Industrie mit ihren 136.000 Mitarbeitern erwirtschaftet nach Angaben des Unternehmensverbands Nord (UV Nord) derzeit einen Jahresumsatz von 38 Milliarden Euro. Damit beträgt ihr Anteil an Schleswig-Holsteins Gesamtwertschöpfung 14 Prozent – bundesweit sind es 19 Prozent.

Dorthin wolle man aufschließen, hieß es.

„Wir wollen zeigen, wie eine zuverlässige, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung mit gut bezahlter Arbeit und der Sicherung sowie dem Ausbau von Wertschöpfung und Beschäftigung einhergeht“, sagte Günther. Die Landesregierung setze auf leistungsfähige Verkehrswege und eine Stärkung der digitalen Infrastruktur. Auch habe man das Ziel, Fachkräfte zu sichern und die duale Ausbildung zu stärken.

Laura Pooth, Vorsitzende des DGB Nord, verwies auf die Signalwirkung dieser Agenda: „Sozialabbau löst unsere Herausforderungen nicht – die verabredete Stärkung der Industrie mit ihren vielen gut bezahlten und mitbestimmten Arbeitsplätzen sichert den Wohlstand für unser ganzes

Land.“ Am Wochenende hatte Schleswig-Holsteins FDP Günther aufgefordert, vom Ziel der Klimaneutralität zum Jahr 2040 abzurücken und es im Sinne des

europäischen Zeitrahmens um zehn Jahre zu verschieben. Günther wies das zurück. Auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung schwieriger gewor-

den sei: „Das Thema Klimabeladung ist nicht geringer geworden, sondern spielt für uns weiter eine absolut zentrale Rolle“, sagte er. „Unsere Antwort muss sein, dass wir klarer definieren, wie es möglich ist, diese Klimaziele zu erreichen, ohne dass der Wohlstand und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit eines Landes dadurch beeinträchtigt werden.“ Schleswig-Holstein mit seinen erneuerbaren Energien biete dafür beste Voraussetzungen.

Philipp Murmann, Chef des Unternehmensverbands Nord, sicherte Günther Unterstützung zu. Ziel sei ein klimaneutrales Industrieland 2040, nicht ein industrieneutrales Klimaland. „Unsere Kunden finden das gut. Es bringt nichts, jetzt von diesem Ziel abzurücken.“ Umso wichtiger sei es jetzt, gemeinsam die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.



Kleiner Gipfel im Haus B (von links): Laura Pooth (DGB Nord), Philipp Murmann (UV Nord), Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). FOTO: KATRIN LUXENBURGER

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung 13./14.06.2026

Ein bisschen Nordstaat

Schleswig-Holstein gibt nach vielen Jahren seinen Widerstand auf: Gemeinsame Innovationsagentur soll kommen

Markus Lorenz

KIEL Es ist ein kleiner Durchbruch in der norddeutschen Zusammenarbeit: Schleswig-Holstein sträubt sich nicht länger gegen eine gemeinsame Innovationsagentur mit den Nachbarbundesländern. Nach Informationen unserer Redaktion macht die schwarz-grüne Landesregierung den Weg frei für die Gründung der Einrichtung zum Januar 2027, an der auch Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sind.

Rückstand gegenüber anderen Regionen

Jahrelang hatte die Kieler Regierung eine Beteiligung aus finanziellen Gründen abgelehnt und damit nicht nur den Unmut der Partnerländer auf sich gezogen. Auch in Schleswig-Holstein kritisierten Wirtschaftsverbände, der DGB und die Landtagsopposition die Weigerung scharf, sprachen von einer vertanen Chance und „Sparen am falschen Ende“.

Bislang betreiben die Länder jeweils eigene Innovationsförderung. Die OECD hatte das Klein-Klein schon 2019 als Schwachpunkt ausgemacht und der Region dringend geraten, ihre Kräfte zu bündeln, um schlagkräftiger zu werden und mehr Bundes- und EU-Fördermittel für zukunftsträchtige Geschäftsmodelle abzugreifen. Der Anschluss zu anderen deutschen Metro-

polregionen drohe verloren zu gehen.

Im erweiterten Großraum Hamburg leben fast 5,5 Millionen Menschen. Dazu gehört die gesamte südliche Hälfte Schleswig-Holsteins mit 1,8 Millionen Bewohnern in sieben Kreisen sowie den Städten Lübeck und Neumünster.

Das Wirtschaftsministerium in Kiel wollte die Kehrtwende zunächst nicht bestätigen und verwies auf einen Termin der Metropolregion in Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) kommenden Donnerstag. Dort wollen die Länder eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnen. Angesagt haben sich dafür unter anderem die Schweriner Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (beide SPD). Schleswig-Holstein wird durch Wirtschaftsstaatssekretärin Julia Carstens (CDU) vertreten.

Unternehmensverbände begrüßen Einlenken

Fast schon euphorisch begrüßen die Unternehmensverbände Nord (UV Nord) das Einlenken Schleswig-Holsteins: „Wenn alle vier norddeutschen Länder an einem Strang ziehen, kann Großes gelingen“, befand UV Nord-Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich. Die norddeutschen Länder müssten zügig Defizite abbauen, um im Wettbewerb mitspielen zu können. Die länderübergreifende



Lassen ihre Länder wirtschaftspolitisch ein Stückchen enger zusammenrücken: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (links) und Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher. Eine länderübergreifende Agentur soll unternehmerische Innovationen und Zukunftsgründungen in Norddeutschland deutlich mehr Schub verleihen. Archivfoto: Marcus Brandt/dpa

Agentur soll unternehmerische Innovationen und Zukunftsgründungen in Norddeutschland deutlich mehr

Schub verleihen. Ein Konzept liegt seit 2023 vor. Es setzt darauf, dass der Zusammenschluss im Norden

mehr Dynamik bei Themen wie smarte Energiesysteme, Produktionsprozesse, Life Science und Gesundheit,

Bioökonomie und Ernährungswirtschaft, CO₂-freie Mobilität sowie Digitalisierung und KI entfacht.

Zu Größe und finanzieller Ausstattung der Einrichtung halten sich die Länder noch bedeckt. Offenkundig wird Hamburg Hauptsitz, in den drei anderen Ländern sind Außenstellen vorgesehen. Der Etat, den die Länder zu gleichen Teilen tragen, soll zunächst bei 1,5 Millionen Euro pro Jahr liegen und bis 2031 auf 1,8 Millionen anwachsen.

Dem UV Nord ist dies indes zu wenig, wie Hauptgeschäftsführer Fröhlich deutlich macht: „Ich gehe davon aus, dass allen Akteuren klar ist, dass die anfängliche finanzielle Ausstattung auch nur ein Anfang ist.“ Andere Metropolregionen wendeten für Innovationsförderung deutlich mehr Mittel auf.

A20: Jetzt können die Bagger rollen

Schnieder, Günther und Madsen setzen Spatenstich für neuen Abschnitt der Autobahn bei Bad Segeberg

Kay Müller

BAD SEGEBERG Nun kann gebaut werden. Am Donnerstag haben Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder, Ministerpräsident Daniel Günther und Landesverkehrsminister Claus Ruhe Madsen den ersten Spatenstich für den Weiterbau des zehn Kilometer langen Abschnitts der A20 zwischen Weede und Wittenborn gesetzt. Damit starten die drei CDU-Politiker die 550 Millionen Euro teure Südumfahrung von Bad Segeberg. „In einer perfekten Welt ist

die Autobahn 2031 fertig“, sagt Madsen.

Sein Amtskollege aus dem Bund lobte den Kompromiss, den Madsen im November mit den Umweltverbänden geschlossen hatte, die für den Aufbau einer Stiftung für den Schutz der Fledermaus auf Klagen gegen den Abschnitt verzichtet hatten. Schnieder macht aber auch klar, dass Planungen und Bau von Straßen und Schienen schneller werden müssen. Dafür setzt er auf die Digitalisierung und die Abschaffung von Doppelprüfungen. Denn: „Funk-

tionierende Mobilität entscheidet über unseren Wohlstand in Deutschland.“

Das sehen auch die Betreiber so. „Stau und Stillstand in Bad Segeberg und am Nadelöhr A7-Elbtunnel kosten die norddeutsche Wirtschaft täglich viel Geld“, sagt der Präsident der Unternehmensverbände Nord, Philipp Murmann. „Jetzt gilt es, den Weiterbau der A20 mit Elbquerung kraftvoll und gemeinsam in Schleswig-Holstein fertig zu planen und die Bagger rollen zu lassen.“

Wie das gehen soll, erklärt der Präsident der IHK

Schleswig-Holstein. „Nötig sind ein Turbo-Planungstempo, ein Ende der Bürokratiespirale und beschleunigte Gerichtsverfahren“, sagt Thomas Buhck. Er appelliert an die Politik, den „Segeberger Weg“ des pragmatischen Dialogs mit den Umweltverbänden fortzusetzen, um Klagen zu vermeiden und schneller bauen zu können. Genau das will Madsen machen.

Die Opposition im Land lobt den Weiterbau, kritisiert aber die langen Planungen. „Die Belange des Naturschutzes müssen

angemessen berücksichtigt werden, rechtfertigen aber keine jahrzehntelangen Blockaden“, sagt FDP-Chef Christopher Vogt. „Es kann jetzt nicht bei jedem weiteren Streckenabschnitt Millionen an Steuergeldern in eine Umweltstiftung fließen, damit auf Klagen verzichtet wird. Der Staat darf sich nicht erpressbar machen.“

SPD-Chef Ulf Kämpfer hofft einfach nur, dass „die Landesregierung die Lehren aus dem Planungsdesaster um die A20 zieht“.

Kieler Nachrichten 28.05.2026

Wirtschaft klagt: Fachkräfte aus dem Ausland hängen in der Warteschleife

Arbeitgeber in Schleswig-Holstein kritisieren Bürokratie und zähe Prozesse – UV Nord fordert mehr Tempo

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland bleibt für viele Unternehmen in Schleswig-Holstein eine Hängepartie. Bewerber müssen vier Monate und teils deutlich länger warten, bis sie ihre Beschäftigung antreten können. Arbeitgeber klagen über mangelnde Planbarkeit, nicht selten springen Kandidaten ab.

„Die Prozesse sind noch immer zu langsam, um den Fachkräftemangel wirksam zu bekämpfen“, sagt Özgür Yurteri, Referent für internationale Fachkräftesicherung bei der IHK Schleswig-Holstein: „Das beschleunigte Visumverfahren wird seinem Namen nicht gerecht.“ Die IHK berichtet von Wartezeiten bis zu einem Jahr oder sogar länger. Das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge (LaZuF) habe zwar Fortschritte gemacht, doch



Hadert mit dem „Welcome Center“: UV-Nord-Präsident Philipp Murmann. FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

reichen die Ressourcen kaum, um die Nachfrage zu bedienen. Nötig seien mehr Personal und schlankere Prozesse: „Zu vieles läuft noch immer händisch ab.“

Auch der Unternehmensdachverband UV Nord fordert mehr Tempo: „Wenn wir im Wettbewerb um Fachkräfte mithalten wollen, müssen wir die Erwerbsmigration modernisieren“, sagt UV-Nord-Prä-

sident Philipp Murmann. Das „Welcome Center“ des Landes tut sich nach Einschätzung der Wirtschaft nach wie vor schwer: Das Angebot sei zwar gut gedacht, so Murmann, doch werde die Einrichtung immer wieder „zwischen Zuständigkeiten stehen und kann daher häufig nur mit Verweisberatung helfen“.

Sowohl IHK als auch UV Nord sehen vor allem lange Bearbeitungszeiten in den Auslandsvertretungen als Grund für die Verzögerung. Bastian Mahmoodi, Geschäftsführer der auf Fachkräfte-Immigration spezialisierten Visabee GmbH (Kiel) widerspricht: „Der Verweis auf die Botschaften lenkt von den Problemen im LaZuF ab“, sagt das Mitglied der IHK-Vollversammlung in Kiel. Früher seien die Botschaften tatsächlich der Flaschenhals gewesen, weshalb das beschleunigte Fach-

kräfteverfahren eingeführt worden sei: „Nun versagen die inländischen Strukturen, und damit stehen wir wieder am Anfang elend langer, unplanbarer Prozesse.“

Diese Darstellung weist das Sozialministerium zurück: Durch die Bündelung des Prozesses und die Vorabstimmung durch das LaZuF entfielen aufwendige Prüfungen in den Botschaften, die Dauer der Visumerteilung werde „deutlich verkürzt“. Der Prozess vom Eingang des Antrags beim LaZuF

bis zur Visumerteilung dauere in der Regel bis zu vier Monate und sei damit „deutlich schneller als ein reguläres Visumsverfahren“.

Lediglich zwischenzeitlich sei es zu „kurzen Wartezeiten bis zur Einleitung des Verfahrens“ gekommen, so das Ministerium. Inzwischen habe sich die Situation „nahezu normalisiert“. 2024 und 2025 habe das LaZuF jeweils mehr als 1000 beschleunigte Fachkräfteverfahren durchgeführt.

Vor allem Pflegeeinrichtungen sind auf Kräfte aus dem Ausland angewiesen. Dort wird auch die Nachwuchsgewinnung durch zähe Visa-Verfahren erschwert. Im April hatten im Norden drei junge Frauen aus Burkina Faso ihre Ausbildung begonnen. Nach Angaben des Hilfsvereins Ampo International dauerte der Prozess gut drei Jahre – allerdings im regulären Visumsverfahren.

”

Die Prozesse sind noch immer zu langsam.

Özgür Yurteri,
IHK Schleswig-Holstein



Kristina Herbst
Landtagspräsidentin

„Der Lokaljournalismus ist eine tragende Säule unserer demokratischen Kultur in Schleswig-Holstein. Gerade vor Ort sorgen engagierte Journalistinnen und Journalisten für Transparenz, fördern den gesellschaftlichen Dialog und stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in demokratische Prozesse.“

Foto: Landtag/Holger Stöhrmann



Peter Heinrich Brix
Schauspieler

„Erhaltet den Lokaljournalismus als Identitätsanker und Vermittler von Zuhause- und Zugehörigkeitsgefühl. Er gibt etwas Wärme in unserer digitalen, globalen und kälter werdenden Welt.“

Foto: Boris Laewen



Dr. Matthias Riedl
Ernährungsmediziner

„Was unsere Kinder essen, bestimmt ihre Seele, Gesundheit und Lebensqualität entscheidend. Ängste, Aggressionen, Depressionen und Übergewicht sind einige Folgen. Wir sollten nicht wegschauen, was ihnen angeboten wird. Sie sind unsere Zukunft. Das ist ein wichtiges Thema für Lokaljournalismus und ein Auftrag an alle.“

Foto: Andreas Sibler



Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender des Sozialverbandes Deutschland

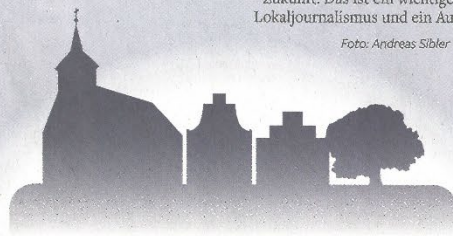
„Lokaljournalismus bedeutet für mich, den Menschen vor Ort eine starke Stimme zu geben und Themen sichtbar zu machen, die sonst im Verborgenen bleiben würden. Er schafft Nähe, Vertrauen und Zusammenhalt – weil er zeigt, was unsere Gemeinschaft wirklich bewegt.“



Nora Steen
Bischöfin im Sprengel Schleswig und Holstein

„Guter Lokaljournalismus lässt uns genau hinschauen auf das, was Menschen in unseren Dörfern und Städten bewegt. Er schafft die Grundlage für informierte Bürgerinnen und Bürger und leistet einen unverzichtbaren Beitrag für lebendige Demokratie. Genauso legen in unseren Gemeinden die Pastorinnen und Pastoren das Fundament für Gemeinschaft, Glauben und gelebte Nächstenliebe. Ohne eine starke Arbeit im Kleinen, vor Ort, kann weder Glaube noch demokratisches Verständnis in einer Gesellschaft wachsen.“

Foto: Marcelo Hernandez, Nordkirche



Zum
Tag des Lokaljournalismus
geben wir den Stimmen unserer Region eine besondere Bühne.
Entdecken Sie auf dieser Seite die persönlichen
Statements prominenter Persönlichkeiten aus
Schleswig-Holstein zur Frage:

„Was bedeutet Lokaljournalismus für mich?“



Prof. Dr. Mojib Latif
Meteorologe, Ozeanograph, Klimaforscher

„Die Auswirkungen von globalen Umweltproblemen sind lokal sehr unterschiedlich. Es ist wichtig, den Menschen vor Ort zu erklären, was diese für sie bedeuten.“

Foto: Jann Wilken



Stefan Seidler
Bundestagsabgeordneter des SSW

„Lokaljournalismus gibt den regionalen Stimmen Gewicht und sorgt dafür, dass Menschen gehört werden. Das ist die Grundlage unserer Demokratie und ein wichtiges Gegengewicht zur Berliner Blase.“

Foto: Benjamin Springstow



Laura Pooth
Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord

„Demokratie beginnt direkt vor unserer Haustür: bei der Frage, welche Schule endlich saniert wird oder wann der Bus wieder zuverlässig fährt. Genau darüber berichten Lokalzeitungen. Fehlen sie, sinkt die Wahlbeteiligung, Korruption hat leichteres Spiel und der Zusammenhalt bröckelt. Guter Lokaljournalismus ist deshalb unverzichtbar – und er braucht gute Journalistinnen und Journalisten, die von ihrer Arbeit auch ordentlich leben können.“

Foto: DGB Nord



Claudia Jürgensen
Präsidentin des Landfrauen-Verband SH e.V.

„Für mich als Präsidentin des Landfrauen-Verband SH e.V. bedeutet der Lokaljournalismus das Sichtbarmachen unserer gelebten Gemeinschaft. Das ist für die ehrenamtlich geführte Verbandsstruktur eine Wertschätzung, die nicht zu unterschätzen ist.“

Foto: Meike von der Goltz



„Brösel“ – Rötger Feldmann
Comic-Zeichner

„Lokaljournalismus bedeutet für mich, dass ich meine direkte Umgebung und meine Mitmenschen wahrnehme. Wo kämen wir denn hin, wenn uns die Menschen und ihre Taten, Ideen, Schicksale, Initiativen, Bedürfnisse und Gedanken nicht mehr interessieren würden?“

Foto: Petra Feldmann



Jörg Nero
Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes

„Lokaljournalismus zeigt, was direkt vor unseren Haustüren passiert. Gerade im Norden macht er sichtbar, wie wichtig Gemeinschaft, Ehrenamt und Zusammenhalt für unsere Region sind.“

Foto: LFV-SH



Kirsten Bruhn
Schwimmerin, Paralympics-Siegerin

„Lokaljournalismus bedeutet für mich direkte, greifbare, aktuelle und vor allem nahe und somit echte Informationen aus der Heimat. Irgendwie geben Nachrichten von Schleswig-Holsteinern für Schleswig-Holsteiner mir ein Gefühl von echtem Austausch. Ohne Distanz und viel Schnickschnack.“

Foto: Sönke Diverger



Dr. Christian Kuhnt
SHMF-Intendant

„In unserer unmittelbaren geografischen Umgebung entstehen die kulturellen Impulse, die man wahrnehmen, mitgestalten und direkt erleben kann. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass darüber berichtet wird – dafür braucht es guten Lokaljournalismus.“

Foto: Benne Ochs



Dr. Philipp Murmann
Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

„Lokaljournalismus ist für mich unverzichtbar: Er stärkt die regionale Identität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Schleswig-Holstein! Er ist eine wichtige Basis für unsere Erkenntnis und die Demokratie vor Ort!“

Foto: Ulrich Perrey



Franziska Leupelt
Präsidentin der IHK Flensburg

„Lokaljournalismus ist essenziell für Demokratie und Wirtschaft: Er schafft Transparenz, fördert Vertrauen und stärkt regionale Wertschöpfung.“

Foto: IHK Flensburg/Marcus Dewanger

Weitere Statements von Persönlichkeiten unseres Landes finden Sie unter: www.shz.de

shz-Grafik

Zu zweit auf besonderer MISSION

Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) besuchen gemeinsam Polen und das Baltikum – es geht um nicht weniger als um Sicherheit und Stabilität für Nordeuropa

So gehört sich das, wenn man erstmals gemeinsam auf Reisen geht. Kein schlechtes Wort über den neuen Begleiter. Nur Lob ist Ehrensache, selbst wenn man unterschiedlichen Parteien angehört und beruflich zumindest gelegentlich auch mal in Konkurrenz zueinandersteht. Also sagt Peter Tschentscher (SPD) in bestem hanseatischem Duktus: „Daniel Günther ist ein Partner, auf den man sich hundert Prozent verlassen kann. Er steht zu seinem Wort und legt sich dann im Zweifel auch mal mit den eigenen Leuten an.“

ULRICH EXNER

Daniel Günther (CDU), ein Politiker, der des Lästerns durchaus fähig ist, verzichtet auf allen ihm innewohnenden Schalk und erwidert das Kompliment des Ersten Bürgermeisters so: „Ich schätze an Peter Tschentscher seine Verlässlichkeit, seine Besonnenheit und seinen ausgeprägten Willen zur Zusammenarbeit hier im Norden.“ Es kann also eigentlich nicht viel schiefgehen in der kommenden Woche.

Erstmals in der Geschichte der Hansestadt und ihres nördlichen Nachbar-Bundeslandes gehen deren wichtigste Repräsentanten zusammen auf Reisen. In geschlossener Formation, mit einer nahezu paritätisch aus Stadt und Land besetzten 60-köpfigen Delegation reisen der Hamburger Senatschef und Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten nach Danzig in Polen, Vilnius in Litauen und Riga in Estland. Fünf Tage, vier Übernachtungen, dazwischen 20 offizielle Termine, unter anderem Gespräche mit der lettischen Ministerpräsidentin Evika Siliņa sowie dem lettischen und dem litauischen Wirtschaftsminister sowie der Stadtpräsidentin von Danzig. Dazu, Pflichtprogramm auf einer Reise mit Hamburger Beteiligung, eine Besichtigung des Danziger Hafens sowie ein Besuch im Europäischen Zentrum der polnischen Solidarność-Gewerkschaft.

Eine sportliche Taktung, von der sich die beiden Regierungs-

chefs nicht nur noch mehr Gemeinsamkeit und dichtere Vernetzung im Ostseeraum, sondern auch ein paar angesichts der aktuellen internationalen Lage nicht unerhebliche Erkenntnisse erwarten. Gesellschaftliche Resilienz, zivile Verteidigung, Cyber-Sicherheit, auch digitale Souveränität, so sieht es Günther, werden die zentralen Themen dieser gemeinsamen Reise sein. „Wir wollen lernen, wie wir unsere Bevölkerung noch besser mitnehmen können auf unserem Weg, sich auf alle Eventualitäten und mögliche Krisen vorzubereiten.“

Damit das gelingt werden sich Tschentscher und Günther – die sich in diesen Wochen auch gemeinsam um die Ausrichtung Olympischer Spiele bemühen –, an der Technischen Universität Riga über „Lettlands Kompetenzen in autonomen Systemen und Drohnentechnologien“ informieren. Teile der Delegationen aus Hamburg und Schleswig-Holstein werden sich über die Themen „Resilienz im Ostseeraum“ sowie „Resiliente Häfen in unsicheren Zeiten“ austauschen. Die beiden Ministerpräsidenten sollen zudem sowohl in Litauen als auch in Lettland exklusive Einblicke in die zivile Nutzung von Drohnen und anderen autonomen Systemen erhalten.

Dass Hamburg wie Schleswig-Holstein bei Themen wie diesen noch Nachholbedarf haben, bestätigt Ursula Schröder, Direktorin des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Sie wird Tschentscher und Günther in der kommenden Woche begleiten. „Zivile Vorsorge ist ein Thema, bei dem Hamburg und Schleswig-Holstein sich in Polen und dem Baltikum noch einiges abschauen können“, sagt die Politikprofessorin und steckt den beiden Regierungschefs gleich noch eine Hausaufgabe für die Zeit nach der Reise mit ins Gepäck: Die Politik müsse der Bevölkerung künftig noch klarer kommunizieren, „dass sie sich in Krisenlagen für einen bestimmten Zeitraum selbst versorgen muss“.

Tschentscher, seit 2018 im Amt, und Günther, seit 2017 Ministerpräsident, sind sich solcher Defizite zumindest bewusst. „Wir stehen beim Thema Resilienz nicht bei null“, sagt Tschentscher, „aber wir sind noch nicht so weit, wie wir sein sollten.“ In Deutschland reiche derzeit im Zweifel schon ein normaler Stromausfall, um eine ganze Stadt unter erheblichen Stress zu setzen, so der Hamburger Bürgermeister. „In dieser Hinsicht können wir von Polen und den baltischen Staaten lernen. Dort haben die Menschen schon



Verstehen sich gut und machen nun gemeinsame Sache: Daniel Günther (CDU), Ministerpräsident Schleswig-Holsteins und Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD)



Eines der Reiseziele ist die litauische Hauptstadt Vilnius (auch Foto unten) – in der Nähe sind deutsche Soldaten stationiert

einen gepackten Rucksack im Keller.“ Auch Günther sieht noch einigen Verbesserungsbedarf, wenn es darum geht, in seinem Bundesland eine „gelassene Alarmbereitschaft“ zu entwickeln. Einem sachlichen, professionellen Umgang mit der seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine deutlich angespannteren internationalen Lage.

Sarah Kirchberger, Leiterin des Kieler Instituts für Sicherheitspolitik, die ebenfalls mit nach Polen, Litauen und Lettland fährt, weist auf die außenpolitische Bedeutung der Reise hin. Sie zeige, „dass die norddeutschen Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein es ernst meinen mit dem Wunsch, sich stärker mit den osteuropäischen Partnerländern zu vernetzen.“ Die Bundesrepublik, so Kirchberger, habe nach dem Ende des Kalten Krieges in Osteuropa „nicht immer eine gute Figur“ gemacht. „Nun ruhen angesichts der schwierigen geopolitischen Lage einige Hoffnungen auf Deutschland, dass es sich zu einem stärkeren Pol im Bereich Si-

cherheit entwickelt, ohne aber die Nachbarländer zu dominieren. Dies ist für Deutschland nur zu schaffen, indem man den Nachbarn zuhört und auf sie zugeht. Solche eine Reise kann ein Schritt dazu sein.“

Dabei, das nur am Rande, hatten die beiden Regierungschefs zunächst ganz andere Regionen für ihren ersten Zweier-Trip ins Visier genommen. China oder Indien, jedenfalls eines der derzeit von deutschen Wirtschafts- und Handelsdelegationen bevorzugten asiatischen Ziele, waren im Gespräch. Auch, weil es vor allem Schleswig-Holstein in weit entfernten Ländern zuweilen an Bekanntheit und damit an Durchschlagskraft mangelt. Aber eine solche gemeinsame Fernreise kam aus organisatorischen Gründen nicht zustande. Stattdessen also neben Polen und Lettland auch Litauen, wo Tschentscher und Günther auch auf Soldaten der Bundeswehr treffen werden.

Die geplante zweistündige Visite der erst im Aufbau befindlichen Panzerbrigade 45 ist ein weiterer

deutlicher Hinweis auf den ernstesten Hintergrund, vor dem diese Delegationsreise stattfindet. 4800 und 2000 Militärfahrzeuge sollen ab kommendem Jahr unweit der Grenze zu Weissrussland stationiert werden. Derzeit trifft ein Vorauskommando von derzeit rund 500 Bundeswehrangehörigen die nötigen Vorbereitungen. Einige von ihnen werden Tschentscher und Günther im provisorischen Standort Nemenčinė persönlich zu Gesicht bekommen. Ein Truppenbesuch an der Ostflanke der Nato, mit dem, so Günther, „wir das Zeichen setzen wollen, dass der Norden hinter den Soldatinnen und Soldaten steht und wir als Deutsche bereits sind, unseren Nato-Verpflichtungen nachzukommen.“ Oder, in der Tschentscher-Version: „Unser Besuch bei der Bundeswehr soll auch als politisches Statement verstanden werden, dass wir die Lage ernst nehmen und dass wir das Engagement der Bundeswehr anerkennen und wertschätzen.“

Angesichts des thematischen Schwerpunkts dieser schleswig-holstein-hamburgischen Mission ist es wenig überraschend, dass auch in der die beiden begleitenden Wirtschaftsdelegation erhebliche wehrtechnische Expertise steckt. So ist der Panzerbauer Rheinmetall-Landsysteme – Produktionsstätten in Hamburg, Flensburg und Kiel – durch den Vizepräsidenten Volker Herling vertreten. Der Aufklärungs-Dienstleister Plath aus Hamburg, spezialisiert auf „Technologie für erfolgreiche Krisenfrüherkennung“ schickt seinen Geschäftsführer Andreas Schwolen-Backes, das Wedeler Rüstungsunternehmen Vincorion, nach eigenen Angaben „führender Entwickler und Hersteller von einsatzkritischen Energie- und Mechatroniklösungen für Verteidigungsplattformen und fortschrittliche Luftfahrtsysteme“ seinen Direktor für Märkte und Strategien Daniel Zeitler.

Angeführt wird die Wirtschaftsdelegation vom Chef des Unternehmensverbandes UVNord, Philipp Murrmann. Auch er verweist auf die Besonderheit der Reise nach Polen, Litauen und Lettland. Von deren Erfahrungen „in Bezug auf die neuen Bedrohungsszenarien wie Cyberkriminalität und Industriespionage“ könne auch die hiesige Wirtschaft profitieren. Mit der Wahl der Reiseziele sendeten die beiden norddeutschen Bundesländer zudem „ein wichtiges Zeichen gegenüber jenen, die sich ein zerstrittenes Europa wünschen oder nachlassende Unterstützung, insbesondere gegenüber diesen wichtigen Partnern.“

